

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/01/2008
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Mittwoch, 02.04.2008
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2007
2. Mitteilungen
3. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008 mit Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept
hier: Veranstaltungen der Altenarbeit Konto 543 900
Haushaltsansatz für 2008: 5.400 €
4. Bericht aus dem Sozialausschuss
5. Integrationskonzept für die Stadt Hagen
Vorlage: 0139/2008
6. Bericht aus der Pflegekonferenz
7. Bericht aus der Landessenorenvertretung
8. Projekt Seniorenbegleiter
9. Veranstaltung 2008 Wohnen in Haspe
10. Generationenpark - Stand der Planungen
11. Gemeinsame Sitzung von Seniorenbeirat und Behindertenbeirat 2008
12. Verschiedenes

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2007

Zu der Niederschrift über die Sitzung am 20.11.2007 ergehen keine Anmerkungen.

2. Mitteilungen

- 2.1. Herr Verrieth teilt mit, dass am 24.04.2008 im DRK-Haus, Feithstraße 36, eine Veranstaltung unter der Federführung des Seniorenbüros „Reisen für Senioren“ stattfindet. Acht Veranstalter werden Angebote zu Tagesfahrten und Reisen präsentieren.
- 2.2. Frau Peters gibt bekannt, dass sich im Stadtteil Wehringhausen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hat, welche sich zum Ziel setzt, die Versorgung von Senioren im Stadtteil zu verbessern. Die nächste Sitzung findet am 08.04.2008 in der AWO-Begegnungsstätte Bachstraße/ Grummertstraße statt. Die Beiratsmitglieder sind hierzu herzlich eingeladen.
- 2.3. Frau Peters berichtet, dass sie zurzeit im Wege eines Modells nach einer Regelung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der AOK-Westfalen-Lippe sucht, Ehepartner in einer Einrichtung zu versorgen, bei dem nur ein Ehepartner pflegebedürftig ist. Hierdurch sollen Härten bei möglichen Trennungen vermieden werden.
- 2.4. Frau Peters weist auf eine Theateraufführung zum Thema Pflege hin. Eine interaktive Schweizer Theatergruppe wird am 19.06.2008 im Hasper Hammer das Stück „Wie im Himmel“ aufführen.
- 2.5. Frau Peters teilt ferner mit, dass seit dem 01.04.2008 im Stadtteil Altenhagen eine Seniorenmanagerin tätig ist. Die Stelle ist bei der Arbeiterwohlfahrt in der Begegnungsstätte Frauenhoferstraße angesiedelt.

3. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008 mit Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept

hier: Veranstaltungen der Altenarbeit Konto 543 900

Haushaltsansatz für 2008: 5.400 €

Herr Klein erläutert, dass im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für Veranstaltungen der Altenarbeit Mittel in Höhe von 5.400 € eingestellt worden sind. Dieses bedeutet eine kleine Erhöhung gegenüber den Vorjahren. Er teilt mit, dass die für das Jahr 2007 bereitgestellten Mittel verwendet worden sind.

4. Bericht aus dem Sozialausschuss

Herr Insel berichtet über die Beratungen im Sozialausschuss.

Der Bericht der Verwaltung über die Sanierung von städtischen Gebäuden wurde zur Kenntnis genommen.

Das Mehrgenerationenhaus in der Potthofstraße bietet nunmehr einen stationären Mittagstisch für Senioren an. Eine befürchtete Konkurrenzsituation zu den Angeboten des Allerwelt-Hauses wird nicht gesehen und die Möglichkeit der Teilhabe behinderter Menschen zurzeit geprüft.

Die Stadtteile Wehringhausen und Altenhagen sind in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen worden und vom Regierungspräsidenten genehmigt worden.

Zur Nutzung der Fläche des ehemaligen Bauhofes Körnerstraße/ Springmannstraße wurde aufgrund der zentralen Lage und der guten Infrastruktur die Realisierung eines Projektes für generationenübergreifendes Wohnen befürwortet. Eine mögliche Nutzung für eine Sporthalle komme nicht in Frage.

5. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

Vorlage: 0139/2008

Herr Klein verweist auf die Vorlage der Verwaltung und macht darauf aufmerksam, dass insbesondere der Punkt 2.7 für den Seniorenbeirat von besonderer Bedeutung sei. Er begrüßt Frau Kostewitz von der regionalen Arbeitsstelle für ausländische Kinder und Jugendliche - RAA.

Frau Kostewitz erläutert die Entstehung der Vorlage. Das Land NRW ist das erste Bundesland, welches ein Ressort im Ministerium für Familie, Frauen, Gesundheit und Integration eingerichtet und Ende 2006 einen Aktionsplan zur Integration vorgelegt hat. Sie hebt hervor, dass im Bereich der Integration große Defizite bekannt seien und Handlungsbedarf bestehe. Sie erläutert die Hager Situation. Demnach lebt in der Stadt Hagen jeder 4. Einwohner mit einem Migrationshintergrund. Stadtteile mit besonderer Problematik wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsproblemen, Armut etc. sind ausnahmslos Stadtteile mit besonders hohen Migrantenanteilen. Hierzu zählen insbesondere die Stadtteile Wehringhausen, Oege, Nahmer und Vorhalle. Migranten sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Einheimische, Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte bleiben häufiger ohne Lehrstelle; sie stellen zur Zeit in Hagen nur 8% der Abiturienten. Frau Kostewitz erläutert ferner ausführlich die Funktion und Aufgaben der RAA.

Das Aktionsprogramm der Landesregierung enthält folgende Schwerpunkte:

- im Bildungsbereich die Sprachförderung, den Ausbau von Ganztagschulen und Familienzentren,
- im gesellschaftspolitischen Bereich die Einbürgerung und den Religionsunterricht,
- im kommunalen Bereich den Stadtumbau Soziale Stadt, kommunales Integrationsmanagement (Kommln) und die Bildung von Integrationsagenturen.

Vor diesem Gesamthintergrund ist die Entstehung der Vorlage zu verstehen.

Die Verwaltung hat deutlich gemacht, dass zur Entwicklung eines Gesamtkon-

zeptes eine Vielzahl von Akteuren erforderlich sind. Die erste Integrationskonferenz im Juni 2007 war geprägt vom Engagement und der Präsenz einer Vielzahl von Initiativen und Organisationen. Die Zielgruppen der Migranten wurden dagegen nicht erreicht. Aus diesem Grunde sollen nunmehr Integrationskonferenzen in den Stadtteilen durchgeführt werden. Auch sollen alle in Hagen vorhandene Integrationsangebote im Rahmen einer Internet-Plattform dargestellt werden.

Herr Klein bedankt sich bei Frau Kostewitz für die Ausführungen.

Herr Thielmann macht deutlich, dass er der Beschlussfassung der Verwaltung ablehnend gegenübersteht. Im Detail geht er darauf ein, dass für ihn Integration der wichtigste Punkt der demografischen Entwicklung ist, generell und besonders in Hagen. Er vertritt außerdem die Auffassung, dass der vorliegende Sachstandsbericht zu beraten und nach Prüfung zur Kenntnis zu nehmen ist und nicht umgekehrt. Er versäumt konkrete Aussagen über die Finanzierung, auch wenn in der Vorlage die Sparkassenspende hervorgehoben wird. Die Aussage der Vorlage, dass keine finanziellen und personellen Auswirkungen entstehen, hält er für fragwürdig. Er möchte auch gerne wissen, welche freien Träger und Migrantenvereine beteiligt wurden und welche Bewertung sie zu diesem Konzept abgegeben haben. Unter Hinweis auf die Kurzfassung auf Seite 3 rät er dem Seniorenbeirat dringend, das vorliegende Konzept zurückzuweisen. Er unterstützt die Empfehlung mit dem Hinweis, dass eine Koordination zur Umsetzung des Konzeptes innerhalb der Verwaltung nicht zu erkennen ist. Er stellt in Frage, wann diese Koordination erfolgen wird. Bezüglich der Zielgruppen, die laut Vorlage nur unter Schwierigkeiten zu benennen sind, stellt er fest, dass weitere Kategorien zu Hilfe genommen werden müssen, jedoch nicht definiert wird, welche Kategorien in Frage kommen. Auch die Migrantenvereine würden in den Gesprächen kaum als aktive Betreiber von Integrationsarbeit gesehen; er hält dieses für eine der wichtigsten Aufgaben des Integrationsrates. Herr Thielmann bemängelt u.a. Formulierungen wie „Wer nicht ausgrenzt, muss nicht integrieren“ und stellt fest, dass eine Ausgrenzung durch ihn und andere Hagener Bürger nicht stattfindet. Vielmehr werde versucht, eine Integration herbeizuführen. Er verweist auf die Diskussionen in der Integrationskonferenz, wonach es sich schwierig gestaltete, eine politische Leitlinie für die Zukunft zu fassen. Er habe außerdem die Mitglieder des Integrationsrates vermisst. Abschließend fasst er das Ergebnis dahingehend zusammen, dass ihm zukunftsweisende, kostenehrliche Maßnahmen fehlen und kritisiert, dass seitens der Verwaltung diese Vorlage in den politischen Gremien vorgelegt wird. Dass man mit dem Integrationskonzept noch nicht so weit sei, müsse vielmehr eingestanden werden.

Herr Kramps stimmt teilweise mit den Ausführungen von Herrn Thielmann überein, bewertet die Vorlage jedoch nicht als so krass und negativ wie dargestellt. Vielmehr sieht er in dieser Vorlage ein erstes Konzept, welches noch weiterentwickelt werden muss. Da der Seniorenbeirat den übrigen Gremien vorgeschaltet ist, empfiehlt er, sich in erster Linie mit Ziffer 2.7 „Ältere Migranten in Hagen“ auseinanderzusetzen. Herr Kramps vermisst ebenso wie Herr Thielmann eine detaillierte Kostenaufstellung, da aus der Vorlage nicht zu entnehmen ist, welche Anteile der Finanzierung über die Sparkassenspende, die RAA bzw. über die Stadt zu erfolgen haben. Ohne nähere Ausführungen zu der all-

gemeinen Vorlage hält Herr Kramps die Ausführungen zu den älteren Migranten in Hagen im Großen und Ganzen für zufrieden stellend, wobei auch hier im Detail eine Überarbeitung erfolgen sollte. Auch Frau Klenke betrachtet die Vorlage als Grundlagenkonzept, anhand dessen eine weitere Entwicklung erfolgen könne.

Frau Kostewitz signalisiert, dass sie die Anregungen gerne weitergibt. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage erst am Anfang eines Entwicklungsprozesses stehe. Zu den Kosten erklärt Frau Kostewitz, dass sie die Höhe nicht nennen könne, stellt aber anhand des Rucksackprojektes fest, dass von der RAA vergleichsweise geringe Kosten übernommen werden. Es müsse auch bedacht werden, dass manche Projekte durch eine Landesfinanzierung angestoßen werden. Wie die nicht gedeckten Kosten von der Verwaltung umgelegt werden, müsse von der Politik entschieden werden.

Herr Verrieth stellt dar, dass es in Hinblick auf ältere Migranten außerordentlich schwierig gewesen sei, sensibles Datenmaterial zusammenzutragen. Weiterhin ergeben sich Fragestellungen zu den Bedürfnissen älterer Migranten, da diese Zielgruppe in naher Zukunft in einer anderen Größenordnung in Hagen vertreten sein wird.

Herr Klein stellt zusammenfassend fest, dass die Problematik einer Datenerfassung bereits schon im Altenplan 2000 erwähnt worden ist und sich seither keine Weiterentwicklung ergeben hat. Im Übrigen sei es außerordentlich schwierig, an bestimmte Migrantengruppen heranzukommen.

Herr Wegener empfiehlt, die Beratung als erste Lesung zu betrachten und sich mit der Thematik der älteren Migranten zukünftig intensiver zu befassen. Dabei müsse recherchiert werden, welche Prioritäten gesetzt und welche Personengruppen in Betracht kommen sollen.

Herr Kilic bedauert, dass die Vorlage in diesem Gremium bemängelt wird, zumal die Problematik aus allen Bereichen wie Bildung, Beruf, Kultur etc. in der Vorlage ausführliche Berücksichtigung gefunden hat und die Migrantenorganisationen an der Konzeptentwicklung beteiligt worden sind. Er räumt ein, dass selbstverständlich Kosten entstehen werden, wenn das Konzept vom Rat beschlossen wird und einzelne Maßnahmen umgesetzt werden. Wie Herr Klein geht er darauf ein, dass keiner der Migranten gezwungen werden könne, seine kulturelle und religiöse Identität aufzugeben.

In der nachfolgenden Diskussion, an der sich Herr Kilic, Herr Klein, Frau Kostewitz und Herr Kramps beteiligen, geht es um die Frage, inwieweit Aus- und Übersiedler mit erfasst werden können. Dabei wird festgestellt, dass auch hier ausreichendes Datenmaterial nicht zur Verfügung steht bzw. bereits viele Bürger mit Migrationshintergrund über einen deutschen Pass verfügen. Herr Klein warnt davor, die eigene Kultur unserer Gesellschaft kritiklos auf ausländische Mitbürger zu übertragen, insbesondere wenn dieses nicht gewünscht ist. Er verweist auf die Ziffern 2., 4. und 7. des Beschlussvorschlages, wonach die Verwaltung beauftragt wird, das Integrationskonzept wie in der Vorlage beschrieben weiterzuentwickeln, dass zunächst für den Stadtteil Wehringhausen

eine Stadtteilintegrationskonferenz durchgeführt und dann ein weiterer Sachstandsbericht im Mai 2009 erwartet wird. Vor diesem Hintergrund könne der vorliegende Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen werden, so dass er über den Beschlussvorschlag wie folgt abstimmen lässt:

Beschluss:

Der vorliegende Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15
Dagegen: 1
Enthaltungen: 2

6. Bericht aus der Pflegekonferenz

Frau Schmidt berichtet aus der Pflegekonferenz vom 28.01.2008.

- In dieser Sitzung sollte das Projekt Senioreneinrichtung Kochstraße 1 – 9 in 58097 Hagen beraten werden. Der Projektentwickler plant an dieser Stelle ein Pflegeheim mit 151 Plätzen, was jedoch nicht den Vorschriften des Landespflegegesetzes entspricht. Nach dem Landespflegegesetz sollen in der Regel Pflegeeinrichtungen nicht über mehr als 80 Plätze verfügen. Zu einer Vorstellung des Projektes sei es nicht gekommen, da der Projektentwickler kurzfristig den Termin nicht wahrnehmen konnte. Eine Bauvoranfrage für dieses Projekt liegt vor, jedoch ist hierüber noch nicht entschieden worden. Die Pflegekonferenz möchte in jedem Fall noch Einfluss auf dieses Projekt nehmen, da die geplante Platzanzahl weit über die vom Gesetzgeber gewollte Anzahl liegt. Zur Überprüfung, ob eine Sondersitzung der Pflegekonferenz einberaumt werden soll, wurde der Projektentwickler um Mitteilung gebeten, ob inzwischen eine Konzeption für diese Einrichtung vorliege und der Investor bereit sei, das Projekt vorzustellen. Leider erfolgte hierauf keine Reaktion. Frau Schmidt ergänzt, dass in mehreren Gesprächen mit dem Projektentwickler empfohlen wurde, von der vorgesehenen Platzanzahl abzuweichen und dass auch über Abteilungen für Menschen mit besonderen Pflegeeigenschaften, z.B. Apalliker, jüngere Schwerstpflegebedürftige, beraten wurde, dass aber Stationen mit etwa 70 Pflegeplätzen für diesen Personenkreis ausscheiden, weil ein Bedarf in dieser Größenordnung nicht ge-

sehen wird. Es wird weiterhin Kontakt zum Bauordnungsamt gehalten, um die weitere Entwicklung zu erfahren.

- Frau Schmidt berichtet ferner, dass in der Lange Straße 96 a die Tagespflege „Seniengarten“ am 01.12.2007 eröffnet wurde, aber bisher noch keine Gäste aufgenommen hat. Diese Tagespflege verfügt über neun Plätze. Betreiber sind Frau Elke Kleine und Herr Wilhelm Hundt. Die Tagespflege ist deshalb noch nicht in Betrieb gegangen, weil noch Verhandlungen über den Versorgungsvertrag laufen. Zuständig hierfür sind der Landschaftsverband-Westfalen-Lippe und die AOK-Westfalen-Lippe in Dortmund.

7. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Klenke berichtet, dass am 16.01.2008 in Köln seitens der Landesseniorenvertretung NW und der Landesseniorenarbeitsgemeinschaft eine Veranstaltung zum Thema „Senioren mit Migrationshintergrund“ stattgefunden hat. Die Themen der Foren sind in einer Tischvorlage zusammengefasst und als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Es sei festgestellt worden, dass in Nordrhein-Westfalen ca. 1,2 Millionen ältere Migranten über 55 Jahren leben. Es handelt sich überwiegend um Migranten türkischer Herkunft. Diese möchten ihren Lebensabend überwiegend in Nordrhein-Westfalen verbringen und vorzugsweise in eigenen Gruppen integriert werden. Die deutsche Sprache möchten die wenigsten erlernen und wenn, dann überwiegend Frauen. Das Analphabetentum ist stark verbreitet, daher werden zur Information in der Hauptsache Medien wie Fernsehen und Telefon genutzt. Grundsätzlich sei auch hier eine interkulturelle Gesellschaft das Ziel. Nähere Informationen sind über das Internet www.senioren-migranten.de zu erhalten.

Am 15.März 2008 fand in Dortmund vom Städtenetzwerk NRW eine Fachtagung zum gleichen Thema statt. Hervorgehoben wurde hier eine bessere Vernetzung und Kooperation zwischen Behörden und Projekten, effektivere Gestaltung der Seniorenbüros, Schwerpunkte für ältere Migranten im ländlichen Raum und der Einsatz von neuen Medien sowie die Armutsbekämpfung.

Herr Klein teilt an dieser Stelle mit, dass die ehemalige langjährige Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Frau Hiltrud Wesseling, im Februar 2008 verstorben ist. Ein Kondolenzbuch liegt auf den Mitgliederversammlungen der Landesseniorenvertretung aus. Das Buch soll später der Familie übergeben werden.

8. Projekt Seniorenbegleiter

Frau Dohms berichtet von dem ersten Informationsabend am 22. Januar 2008. Von den 50 eingeladenen Gästen haben sich 27 bereit erklärt, die Aufgabe des Seniorenbegleiters zu übernehmen. Nach den ersten Schulungsabenden seien noch fünf Personen abgesprungen, so dass jetzt noch aktuell 22 Personen an den Informationen teilnehmen.

Seitens des Caritasverbandes und der Freiwilligenzentrale wurde Gespräche

mit den einzelnen Teilnehmern geführt; dabei hat sich herausgestellt, dass die Motivationen für diese Tätigkeit recht unterschiedlich sind. Die Schulungen finden wöchentlich in unterschiedlichen Einrichtungen statt wie in Pflegeheimen, Begegnungsstätten, ambulanten Diensten, ambulantes Hospiz und in der katholischen Bildungsstätte. Es wurden Praktika angeboten, wobei sich die Teilnehmer die Einrichtungen selbst aussuchen konnten. Die Teilnehmer werden von professionellen Kräften begleitet und unterstützt. Am 22.04.2008 wurde der Abschluss der Fortbildung mit einer Teilnahmebescheinigung bestätigt. Zwischenzeitlich haben sich auch Senioren und Angehörige gemeldet, die eine Seniorenbegleitung wünschen. Erste Beratungsgespräche haben bereits stattgefunden; Verschwiegenheitserklärungen wurden von den Seniorenbegleitern abgegeben. In der Kennenlernphase wird eine Vereinbarung abgeschlossen, für welche Tätigkeiten der Seniorenbegleiter zuständig sein soll, um eine Überforderung zu verhindern. Geplant sei, dass der Seniorenbegleiter ein- bis zweimal in der Woche für ein Angebot zur Verfügung steht. Zur Zeit werde dem Projekt ein großer Erfolg beigemessen; weitere Schulungsmaßnahmen seien für das nächste Jahr geplant.

Herr Klein begrüßt, dass das Projekt erfolgreich angelaufen ist und bittet Frau Dohms um einen Erfahrungsbericht nach dem Ablauf des ersten Praxisjahres. Herr Ensberg und Herr Klein stellen fest, dass dieses Projekt nur eine ergänzende Unterstützung zu einer bereits bestehenden Nachbarschaftshilfe sei. Frau Werkmüller bestätigt, dass sie eine Teilnehmerin dieses Lehrganges, aber auch gleichzeitig in der Nachbarschaftshilfe tätig sei. Die Schulungen seien insofern von Bedeutung, als hier auch rechtliche Bewertungen und Beratungen vorgenommen werden, wie zum Beispiel in Fragen der Haftpflicht und des Unfallschutzes. Diese Aspekte würden in der Nachbarschaftshilfe häufig nicht berücksichtigt.

9. Veranstaltung 2008 Wohnen in Haspe

Herr Verrieth teilt mit, dass in der Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit und in einem Gespräch mit dem Bezirksvorsteher Haspe, Herrn Weber, Einigkeit erzielt wurde, die diesjährige Veranstaltung „Wohnen im Alter“ im Stadtteil Haspe durchzuführen. Herr Weber habe seine Unterstützung signalisiert und empfiehlt, die Räumlichkeiten der Begegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt am Hüttenplatz zu nutzen. Als Moderatorin wird aller Voraussicht nach wieder Frau Stratmann gewonnen werden können. Der Termin ist für den Zeitraum September/Oktober 2006 vorgesehen. Herr Verrieth drückt die Hoffnung aus, dass diese Veranstaltung eine höhere Besucherresonanz erfahren wird als die letztjährige in Hagen-Vorhalle.

10. Generationenpark - Stand der Planungen

Herr Verrieth teilt mit, dass nach Rücksprachen mit dem federführenden Amt (Sportamt) geprüft wird, welche Kosten bei der Anschubfinanzierung und der Unterhaltung für ein solches Projekt einzukalkulieren sind. Die Antwort aus anderen Städten, welche bereits einen solchen Senioren- oder Generationenpark

vorhalten, bleibt abzuwarten.

11. Gemeinsame Sitzung von Seniorenbeirat und Behindertenbeirat 2008

Frau Dohms schlägt als Termin für eine gemeinsame Sitzung des Senioren- und Behindertenbeirates den Monat September 2008 vor. Sie erklärt, dass Herr Thielmann im Behindertenbeirat bereits den Vorschlag gemacht habe, diese Sitzung mit einer Öffentlichkeitsaktion zu begleiten. Sein Vorschlag wäre die Thematik „Die gesellschaftlichen Aufgaben für Senioren und Behinderte, wie Hagen sie anbietet“. Eine solche Sitzung wäre für eine breite Öffentlichkeit angedacht. Frau Dohms schlägt darüber hinaus Themen zur Pflegeversicherung und zur Barrierefreiheit vor.

Herr Klein legt großen Wert darauf, dass die Teilnehmer nach einer gemeinsamen Sitzung für sich einen persönlichen Profit ableiten können. Er bittet darum, geeignete Themenvorschläge Herrn Verrieth mitzuteilen.

Den Vorschlag von Frau Nowak von der Way, in einer Beilage in der Hagener Tages- und Wochenpresse auf eine solche Sitzung hinzuweisen, greift Herr Klein auf. Er weist allerdings darauf hin, dass Beilagen in der Regel sehr teuer sind, hält allerdings die Möglichkeit, in Presseartikeln auf eine Veranstaltung hinzuweisen, für sinnvoll. Auch Herr Wegener favorisiert einen Beitrag zum Thema Pflege, welcher Senioren und Behinderte gleichermaßen berührt. Er schlägt vor, einen sachkundigen Referenten hinzuzuziehen.

Frau Klenke könnte sich vorstellen, dass auch ein Beitrag zur Suchtprävention und zur kulturellen Begegnung in Stadtteilen Interesse finden könnte.

12. Verschiedenes

Frau Werkmüller teilt mit, dass am 31.05.2008 in der Fritz-Steinhoff-Schule ein Aktionstag 55-Plus zum Seniorensport stattfindet.

Herr Klasen fragt an, ob die Möglichkeit besteht, Herrn Bonik von der Betreuungsstelle der Stadt Hagen zu einem Gespräch über Betreuungs- und Patientenverfügung etc. in den Beirat einzuladen.

Herr Klein stellt die Frage in den Raum, ob auch die Beiratsmitglieder hierfür einen Bedarf sehen. Dieses wird durch Frau Werkmüller und andere Beiratsmitglieder bestätigt. Herr Klein regt daher an, für die Erörterung dieser Themen vorab entsprechende Vordrucke mit der Einladung zu versenden, damit gezielte Fragen aufgeworfen werden können.

Herr Klein schließt die Sitzung um 17.10 Uhr.

Anlage

C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

Frau Dohms, Ulla
Frau Domröse, Irmgard
Frau Ebeling, Kirstin
Herr Ensberg, Erich
Frau Fenselau, Elisabeth
Herr Heidenreich, Manfred
Herr Heinrich, Manfred
Frau Hirsch, Ursula
Herr Insel, Norbert
Frau Kandolf, Anita
Herr Kilic, Mehmet
Herr Klapper, Hans
Herr Klasen, Günter
Herr Klein, Hans-Jürgen
Frau Klenke, Margot
Frau Korzer, Erika
Herr Kramps, Wilfrid
Herr Mattern, Gerhard
Frau Mester, Christa
Frau Nowak von der Way, Gerda
Herr Pfeiffer, Erwin
Herr Seidel, Siegfried
Herr Thielmann, Fritz Otto
Herr Wegener, Wolfgang
Frau Werkmüller, Ursula
Frau Wiewiorka, Beate

Klein
Vorsitzender

RVerrieth
Schriftführer